

SP-Lehrer/innen lehnen Faymann–Vorstoß zur Lehrerarbeitszeit entschieden ab!

SP-Lehrer/innen fordern Investitionen in die Bildung und lehnen Einsparungen ab!

Völlig überrascht reagierte der Bundesvorsitzende der Sozialdemokratischen Lehrer/innen Österreichs (SLÖ), Reinhard Dumser, über den Vorstoß von Bundeskanzler Faymann, die Arbeitszeit der Lehrer/innen erhöhen zu wollen.

Dumser: „Der Bundeskanzler hat mit uns im SLÖ darüber niemals gesprochen. Solche Alleingänge können von uns sozialdemokratischen Lehrer/innen nicht akzeptiert, schon gar nicht unterstützt werden! Diese Idee von BK Faymann lehnen wir strikt ab und wir werden dagegen mit allen demokratischen Mitteln ankämpfen!“

Weiters stellte der Bundesvorsitzende der SP-Lehrer mit Bedauern fest, dass BK Faymann offensichtlich nicht in den Bildungsbereich investieren will, so wie das alle Wirtschaftsexperten einfordern, sondern massive Einsparungen plant. Dumser: „Dafür stehen wir als sozialdemokratische Lehrer/innen nicht zur Verfügung. Erhöhung der Arbeitszeit bedeutet eigentlich `Lohnkürzungen durch die Hintertür`. Außerdem kann diese nicht nur für eine Berufsgruppe verordnet werden sondern würde bald auch auf andere Berufe übergreifen. Am Ende des Prozesses stünde eine allgemeine Erhöhung der Arbeitszeit für alle Arbeitnehmer, wie das in Deutschland bereits von Vertretern der Wirtschaft gefordert wird. Der SLÖ wird so rasch wie möglich über notwendige Anträge an den Bundesparteivorstand der SPÖ beraten!“

Zur öffentlichen Diskussion, wem die Lehrer/innen in Zukunft zugeordnet werden sollen, dem Bund oder den Ländern fordert Dumser, dass endlich dazu auch mit den Betroffenen, also den Lehrer/innen gesprochen werden sollte. „Ohne gründliche Gespräche über die positiven bzw. negativen Auswirkungen wird es keine Zustimmung der SP-Lehrer/innen zu Veränderungen geben“, sagte Dumser. Und weiter: „Vor allem muss sichergestellt werden, dass es auch in Zukunft ein bundeseinheitliches Dienst- und Besoldungsrecht gibt! Alles Andere wäre ein Rückschritt in die Zeit vor 1962.“

Das angeblich von Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka an LH Pröll gemachte Offerte, dass der Bund künftig pro Schüler 5.250 Euro an die Länder überweisen, wird vom SLÖ-Bundesvorsitzende entschieden zurückgewiesen. Dumser bezeichnet dieses Angebot als Ausdruck einer beängstigenden Ideenlosigkeit des Finanzstaatssekretärs, was man zum Abbau der Staatsverschuldung tun könnte, dieser Vorschlag bestätigt aber auch die Schulfreundlichkeit der ÖVP. Dumser: „Dieser Vorschlag würde das Ende einer offensiven Schulpolitik für die österreichische Jugend bedeuten. Beispielsweise wäre damit das Ende für kleinere Schulen am Lande programmiert. Jährliche Verhandlungen über diese `Kopfquote` mit dem Bund wären notwendig. Am Ende solcher Verhandlungen stünden entweder Gehaltskürzungen oder weniger Lehrer/innen oder höhere Klassenschülerzahlen,...! Da machen wir nicht mit!“

Der SLÖ-Bundesvorsitzende fordert eine Rückkehr zur sachlichen Diskussion im Bildungsbereich. Insbesondere wünscht er sich innerhalb der SPÖ eine bessere Gesprächskultur im Bildungsbereich.

Rückfragen: Reinhard Dumser

Tel.: 0664/143 4073

E-Mail: reinhard.dumser@chello.at